



17. März 2024

## FDP will Grundrechte wegen „Streikgier“ beschneiden

**Die Freien Demokraten (FDP) wollen das Grundrecht auf Streik einschränken. Hintergrund ist der Tarifstreit zwischen der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) und der Deutschen Bahn. Es müsse „Verhältnismäßigkeit gewahrt“ bleiben, so FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai. Wer die Verhältnismäßigkeit festlegen soll und wen sie betrifft, bleibt dabei offen.**

Die Liberalen greifen das Streikrecht an. "Verhältnismäßigkeit", lautet das Schlagwort von Generalsekretär Djir-Sarai, doch wer definiert diese? Ein Vergleich mit der Metall- und Elektrobranche zeigt, dass die 35-Stunden-Woche seit 30 Jahren erfolgreich funktioniert – mit positiven Effekten auf Wachstum und Facharbeiterzufriedenheit in dem Wirtschaftszweig.

Wofür setzt sich die GDL ein? Sie fordert ebenfalls eine 35-Stunden-Woche, von "Streikgier" ist keine Spur. Statista-Daten bestätigen: Mehr Arbeitskämpfe gibt es nicht, nur die Wahrnehmung ist seit der Pandemie eine andere geworden, da während Corona kaum Arbeitsk Kampfmaßnahmen umgesetzt wurden. Ein fairer Vorschlag der Deutschen Bahn könnte Arbeitsniederlegungen sofort verhindern, stattdessen macht sich scheinbar die Konzernführung selbst die Taschen voll, unter ihnen auch ehemalige Politiker wie Ronald Pofalla. Mehr noch: Der Vorstand richtet einen Scherbenhaufen an, indem er die GDL als Gewerkschaft demontieren will, und das ist der eigentliche Konflikt.

Obwohl die Deutsche Bahn letztes Jahr zentrale Ziele wie Pünktlichkeit und Kundenzufriedenheit verfehlte, bekam der Vorstand Ende 2023 Boni in Höhe von rund 5 Mio. Euro nachgezahlt. Die sollten leistungsabhängig sein, doch trotz Kostenexplosionen, entgleister Zeitpläne und verschobener Projekte kann die Deutsche Bahn gegenüber der Bundesregierung augenscheinlich so oft ihre Versprechen brechen, wie sie will und hat nichts zu befürchten. Im Gegenteil, wenn ein Vorstand für seinen Job mit seinem Wohnsitz umzieht, erhält er zusätzlich 800 Euro monatlich für eine Zweitwohnung am Konzernsitz. Die Güte der erbrachten Leistungen der Konzernspitze wird dabei recht freigeistig ausgelegt, ganz nach dem Motto: Die Bilanz hätte noch schlechter ausfallen können.

Welche Forderungen stellt der FDP-Generalsekretär? Verpflichtende Schlichtungen, klare Streikfristen und neue Verhandlungsführer. Er kritisiert aber dabei nur die GDL und spricht von einem volkswirtschaftlichen Schaden. Stimmt das? Seit 1995 führte die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektrobranche zu einem Anstieg der Beschäftigten von 3,4 auf 3,9 Mio. und einer Steigerung der Umsätze von 493 Mrd. Euro auf 1.180 Mrd. Euro. Gute Tarifbedingungen zahlen sich offensichtlich aus, wie der Blick auf die robust gewachsene Schlüsselindustrie zeigt. Der Tarifabschluss musste hart erkämpft werden, rund 10 Jahre hatten die Streitigkeiten über die 35-Stunden-Woche gedauert, ehe sie 1995 durchgesetzt werden konnten.

Der Landesvorsitzende der komba gewerkschaft schleswig-holstein, Daniel Schlichting, kritisiert die diskutierte Grundrechtseinschränkung des Streikrechts scharf: „Wir werden nicht hinnehmen, dass unsere demokratischen Grundwerte und Freiheiten von Politikern angegriffen werden. Ausgerechnet die FDP als Partei der Freiheit und des Liberalismus unternimmt diesen Vorstoß gegen unsere Verfassung, sie sollte eigentlich besser wissen, was auf dem Spiel steht. Stattdessen spiegelt das Vorgehen eine gefährliche Nähe von Wirtschaft und Politik wider, bei der die Interessen der Arbeitgeber und Politiker über die Rechte der arbeitenden Bevölkerung gestellt und Tarifbeschäftigte gezielt geschwächt werden. Das wird es mit uns nicht geben, auch im Hinblick auf die kommenden Tarifgespräche im TVöD!“, so der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende. Im TVöD hatten die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) gemeinsam mit dem dbb und tarifunion am 22. April 2023 eine Einigung erzielt, bei einer Friedenspflicht von 24 Monaten.